

LEITARTIKEL

Was wir brauchen



Die aktuellen Debatten um die Polizei häufen sich. Es geht zum einen darum, ob Polizei Rassisten in ihren Reihen hat und ob aufgrund eines rassistischen Gedankenbildes Kontrollen durchgeführt werden. Zum anderen geht es in der Diskussion um Polizeigewalt – befeuert durch bspw. Ereignisse in Speyer, Ingelheim, Hamburg, Frankfurt-Sachsenhausen. Da ist von unverhältnismäßigem Vorgehen, falschen Einsatz-techniken, unerträglicher Gewalt, großer Brutalität bis hin zu Gewaltmissbrauch die Rede.

Polizei im Fokus

Im Kern stecken hier unterschiedliche Vorwürfe drin, die Auswirkungen sind aber gleich. Es wird über die Polizei gesprochen,

wir rücken in einen unbeabsichtigten Fokus und Anschuldigungen stehen im Raum. Einmal können sie gut und vor allem zeitnah ausgeräumt werden, so der Fall mit der Einsatz-technik Knie am Gesicht in Düsseldorf, ein anderes Mal wird es noch Wochen dauern, bis die Erkenntnisse so weit sind, dass Entwarnung gegeben werden kann. Dafür könnte der Einsatz am 15. August 2020 in Ingelheim ein Beispiel sein. Eines bleibt: ein schlechtes Gefühl bei den Kolleg/-innen selbst. Denn niemandem gefällt es, wenn nur über ihn geredet wird und nicht mit ihm oder ihr.

Polizei hat zwei „Seiten“

Die Belastungen des Polizeidienstes sind vielfach. Unangenehme Arbeitszeiten, eine stetige Zunahme von Aufgaben und viele belastende Aufgaben sind dabei. Ständig wird gewechselt zwischen Einsätzen, die den „Freund und Helfer“ nötig machen; dann wieder solche, wo Durchsetzungsfähigkeit bis hin zur Anwendung von Gewalt erforderlich wird. Zuletzt fallen der Polizei die Auswirkungen der Corona-Pandemie vor die Füße, Einsparungen im öffentlichen Dienst machen sich nun deutlich bemerkbar – Polizei erlebt diese unmittelbar, draußen auf der Straße. Wenig hörte man in den vergangenen Monaten in den Medien davon, wie gut die Po-

lizei durch die Krise kam und wie professionell sie gearbeitet hat. Auch wenn wir selbst viele Familienväter und -mütter bei uns haben, die ihre Kinder selbst zu betreuen hatten, die Funktionsfähigkeit der Polizei Rheinland-Pfalz stand nicht in Zweifel. Die gesellschaftliche Situation mit all den Infragestellungen der Vorschriften rund um Corona werden uns auch zukünftig einiges abverlangen.

Fazit

Was kann man als Gewerkschafter in dieser Situation tun? Was braucht die Polizei? Um zu einer faktenbasierten Diskussion zu kommen, fordert die GdP eine wissenschaftliche Studie ein – eine Studie, die die Belastungen der Kollegen/-innen erhebt. Wir fordern weiter Rückendeckung von der Politik ein. Hier muss ein Verständnis vorherrschen, dass Zeit zur Aufarbeitung und Bewertung von Sachverhalten gebraucht wird, und dann die Gelegenheit, diese auch ordentlich darzustellen. Was wir nicht brauchen sind Vorverurteilungen oder tendenziöse Berichterstattungen der Medien. Diese sollten nicht am Feindbild der Polizei arbeiten, sondern einen Rundumblick bewahren. Und zuletzt brauchen wir auch Rückhalt von unseren Führungskräften, denn sie erstatten an vielen Stellen Bericht über uns.

Was wir brauchen ist Rückhalt!

WOHLTUENDER LESERBRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bürger dieses Landes möchte ich mich mit diesem Schreiben aus aktuellen Anlässen in aller Form für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz und Deutschland bedanken. Die Polizei leistet ständig – oftmals unter widrigsten Bedingungen – den entscheidenden Beitrag zur inneren Sicherheit der Bevölkerung in diesem Land. Manchmal scheint es, dass dies gar nicht mehr bemerkt wird.

Aktuell erleben wir alle, wie Ihre Kollegen/-innen (zumal auf Demonstrationen) ständigen Angriffen physischer Art sowie unqualifizierten verbalen Attacken – vor allem in den digitalen Medien – aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten aus nichtigen Anlässen ausgesetzt sind. Zuweilen sogar von gewählten Parlamentsvertretern. Ich verurteile dies zutiefst, es ist kein

Mittel demokratischer Auseinandersetzung. Persönlich halte ich es für wichtig, dass Bürger sich auch in dieser Form positiv äußern und der Polizei „moralisch“ den Rücken stärken. In unserem Land wird m. E. viel zu wenig gelobt.

Mit freundlichen Grüßen
Georg Huesgen



NEUES EINSATZMITTEL DROHNE

Maximaler Überblick



KOR Markus Arent, Leiter des Teilprojekts 3

Unbemannte Luftfahrtsysteme (ULS), gemeinhin auch unter dem Begriff Drohne bekannt, werden bei Sondereinsätzen eingesetzt, zur Suche nach Personen, bei der Tatortaufnahme. Auf das neue Einsatzmittel wurde die rheinland-pfälzische Polizei schon vor mehreren Jahren aufmerksam. Ein Grund, sich diese Geräte einmal genauer anzusehen und mit Menschen zu sprechen, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigt haben.

Mein erster Gesprächspartner wird, auch aufgrund der räumlichen Nähe, der Leiter der Zentralen Kriminalinspektion, Kriminaloberrat Markus Arent. Er schildert, dass das Polizeipräsidium Trier ein Pilotprojekt „Digitale Tatortdokumentation bei Großschadenslagen mittels Drohnen und GPS-Positionierungssystem“ bei den Fachkommissariaten 16 und 17 erfolgreich durchgeführt habe. Und es solle nun weitergehen. Organisatorisch wurde die AG Sicherheit mit der Koordination und fachlichen Begleitung beauftragt. Insgesamt sechs Teilprojekte wurden gebildet, eines davon ist das Teilprojekt 3, für das KOR Arent nun verantwortlich zeichnet.

Nach Erstellen einer Leistungsbeschreibung durch die UAG und Beschaffung durch das PP ELT wurden mehrere Drohnen für die Polizeipräsidien Koblenz, Trier und Mainz angeschafft. Mainz verfügt nun über zwei Drohnen, eine „Große“ und eine „Kleine“, und eine der beiden Drohnen ist mit einer Wärmebildkamera ausgestattet.

Warum wurden nun diese hochpreisigen Geräte angeschafft? Ziel ist die offene, digitalisierte Aufnahme der Tatorte. Und das mit einem bestmöglichen Überblick; da liegt es auf der Hand, die Drohnen, die auch schon viele private Nutzer aufsteigen lassen, für diesen polizeilichen Zweck einzusetzen. Die Drohne bietet folgende Vorteile: Die Geräuschkulisse ist gering, es wird kein Staub oder Dreck aufgewirbelt, Kosten für Kraftstoffe entfallen sowie die Zeit für das Tanken. Neben der digitalen Tatortaufnahme von Straftaten und Verkehrsunfällen könnten auch Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durchgeführt werden wie z. B. Abstandsmessungen.



Fotos (3): Stephanie Luth

Hier sind beide Drohnen in der Fahrbene des PP Mainz zu sehen.

Weiter vorstellbar sind Maßnahmen zur Aufklärung, z. B. an USBV-Vorrichtungen (Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen), aber auch der Einsatz bei größeren Einsatzlagen wie beispielsweise dem Rosenmontagszug in Mainz mit seinen mehr als sieben Kilometern Wegstrecke.

Zur Ausbildung schildert Markus Arent, dass Corona dem Konzept einen ordentlichen Strich durch die Rechnung gemacht habe und noch nicht alle vorgesehenen Mitarbeiter/-innen ausgebildet werden konnten zum Luftfahrzeugführer bei der Hubschrauberstaffel in Winnigen. Eigentlich soll es je Polizeidirektion mehrere Drohnenführer geben, das wird jetzt mehr Zeit in Anspruch nehmen als geplant.

Praxistest

Im Anschluss nehme ich das Angebot an, mir die Geräte auch persönlich anzuschau-

en. Hierfür findet sich die Kollegin Pia Ochmann aus dem K 17 als auskunftsfreudige Gesprächspartnerin. Sie zeigt mir in der Mainzer Fahrbene zunächst einmal die beiden Drohnen und erklärt mir viele praktische Dinge. Platz finden die beiden Drohnen in massiven Koffern, die wiederum im Kofferraum eines MzKW, eines VW Bus T5, Platz finden. Von Vorteil sei es, schildert mir KK'in Ochmann, dass man das Fahrzeug sofort als Polizeifahrzeug erkenne, das mache viele Fragen überflüssig. Die Bürger wüssten sofort, dass es sich um Polizei handle und es auch um polizeiliche Drohnen gehe. Außerdem könnten so auch noch Absperrungen vorgenommen werden. Gute Erfahrungen habe sie bei der Aufnahme eines Brandortes gemacht. Hier war neben der Erhebung des Tatbefundes auch wichtig zu wissen, wie weit die Feuerwehreinfaahrt zum betroffenen Anwesen lag, da die Feuerwehrezufahrt zugeparkt worden war und auch dieser Vorwurf dokumentiert werden

sollte aus der Luft deutlich eindrucksvoller darzustellen als ausschließlich aus der zweidimensionalen Perspektive. Als schwer einzuschätzen bezeichnet Pia Ochmann jedoch die Thermik, die oft herrsche. Häufig gebe es auch nicht so viel Platz, Gebäude limitierten den Einsatz der Drohne, daher sei es gut, dass immer zu zweit gearbeitet wird. Einer fliegt die Drohne und macht die Bilder, der andere beobachtet den Luftraum. Besonders bei Branddelikten kommt natürlich auch noch der Vorzug der Ausstattung mit der Wärmebildkamera zum Zuge, hier können Glutnester aus der Luft erkannt werden. Auch bei der Vermisstensuche kann

die Wärmebildkamera helfen. Hier dürfte aber eine Abgrenzung zum Hubschrauber zu dessen Gunsten ausfallen, dieser verfügt über eine qualitativ bessere Wärmebildkamera und außerdem ist der Radius des abfliegbaren Geländes größer. Im Anschluss an die Geräte selbst zeigt mir Kollegin Ochmann noch mit der Drohne gefertigte Aufnahmen aus der Luft, genauer geht es nicht. Hochleistungsfähige Rechner seien hierfür notwendig, eine Festplatte schnell voll. Bei den fotogrammetrischen und georeferenzierten Auswertungen von Daten erfolgt die Sachbearbeitung durch das LKA, im K17 bleibt die Auswer-



tung und Aufarbeitung aller Daten, die nicht maßstabsgerecht sein müssen.

Was kostet denn nun so ein Gerät? Die große Drohne mit Optik koste 40.000 Euro, die kleine Drohne etwa die Hälfte, eine Wärmebildkamera sei für 13.000 Euro zu kaufen und die Ausstattung mit GPS koste weitere 11.000 Euro. Gut angelegtes Geld. ■

INTERVIEW MIT TORSTEN MICHELS VON DER KD TRIER

Kriminaltechnik digital – und das Bandmaß ist Geschichte



KHK Torsten Michels bei der Auswertung

DP: Lieber Torsten, wie bist du zu dem Projekt Unbemannte Luftfahrtsysteme gekommen?

Michels: Ausgangspunkt war 2016 ein Auftrag aus der damaligen AG KEL, bei der die Polizei RLP prüfen sollte, wie die georeferenzierten Luftbildkarten, bereitgestellt vom Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation (LVerGeo), für die polizeiliche Arbeit nutzbar gemacht werden könnten. Würden diese Luftbildkarten mit hochauflösenden, mittels ULS gefertigten Luftbildern des Tatortes aktualisiert, wären sie äußerst nützlich für die digitale Tatortdokumentation. Im Lichte mehrerer Terroranschläge in Paris im Jahr 2015 (Charlie Hebdo und Bataclan), bei denen über 200 Menschen auf offener Straße durch Terror-

risten getötet wurden, wurde mir klar, dass wir uns in der Kriminaltechnik auf die Aufnahme solch großer Außentatorte vorbereiten müssen.

DP: Würdest du den Lesern/-innen mal einen Überblick über die Abläufe des Projektes geben – womit hast du dich zu beschäftigen gehabt?

Michels: Zunächst mussten innere Widerstände überwunden werden: Die technische Entwicklung der Drohnen befand sich 2016 für den privaten Nutzer noch in den Kinderschuhen. Das tatsächlich Potenzial wurde in der breiten Masse oft noch nicht erkannt. Diese Geräte waren eben eher zum Spielen als zum Arbeiten gebaut. Hier war einige Überzeugungsarbeit angesagt. Ich nahm Kontakt mit dem LKA Berlin auf, dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vermessungsdrohne im Einsatz hatte. Die äußerst behilflichen Kollegen/-innen bestätigten mich darin, das Potenzial der ULS für die Tatortarbeit nutzen zu wollen. Tolle und hochauflösende Luftbilder genügten mir aber nicht. Diese sollten zumindest maßstäblich sein. Besser noch georeferenziert, also mit Raumbezug, d. h. jeder Bildpixel hat hier seine eigene GPS-Koordinate.

Mit Unterstützung des LVerGeo gelang es mir schließlich, die Drohnenluftbilder mit

GPS-Koordinaten zu verschmelzen und so einen Raumbezug herzustellen.

Die digitale Tatortdokumentation war in diesem Augenblick geboren.

DP: Worin siehst du die wesentlichen Vorteile der Drohne?

Michels: Die Drohne ist leise, die Bild- und Videoqualität hervorragend und ihr Einsatz sehr flexibel. Sie ergänzt die Arbeit des Polizeihubschraubers im engeren Tatort. Mit ihr kann in geringer Höhe geflogen werden, ohne dass Einsatzkräfte in der ersten Phase von Einsatzlagen durch Lärm in der Kommunikation gestört werden. Ihr Einsatz kann auch in Gefahrenbereichen bei noch nicht freigegebenen Tatorten im Hinblick auf die Eigensicherung erfolgen. Eine ergänzende Unterstützung des Polizeihubschraubers bei schlecht einsehbaren Örtlichkeiten, z. B. unter Brücken, Gewässerufer oder Schluchten, ist durch die geringe Größe des Fluggerätes möglich.

DP: Hast du dafür mal ein Beispiel?

Michels: Der Einsatz von ULS zur Livebildübertragung an FZ und Raumschutzkräfte am Rosenmontagszug 2020 in Mainz überzeugten. Hier konnte innerhalb einer Minute jede Stelle der Zugstrecke erreicht wer-



Tödlicher Verkehrsunfall auf der B 419

den. Kriminalitätsschwerpunkte wie am Fort Malakoff wurden aus der Luft im Blick gehalten. Aber auch Veranstaltungen wie zum Beispiel Fußballspiele und die dazugehörigen Fanbewegungen vom Bahnhof zum Stadion könnten effektiv und kostensparend beobachtet werden.

DP: Der Umgang mit den unbemannten Luftfahrtsystemen ist eine neue Aufgabe der Polizei, wer sollte das deinen Vorstellungen nachmachen und wie viele Kollegen/-innen brauchen wir dafür?

Michels: Die Erfahrungen des Pilotprojektes ULS in der Polizei Rheinland-Pfalz zeigen bereits jetzt schon das große Potenzial dieser neuen Technik. Die Aufgabenfelder und Möglichkeiten sind wie beschrieben sehr vielseitig. Einsatzmöglichkeiten ergeben sich bei Sofortlagen, aber auch bei planbaren Einsatzlagen, schweren Verkehrsunfällen, GGSK-Lagen, Großbränden, Volksfesten und Fußballspiele.

Seit Beginn des Projektes steigen die Einsatzanfragen seitens der Schutz- und Kriminalpolizei stetig. Die ULS werden in meinen Augen zukünftig als neues FEM einen festen Platz für offene präventive und repressive Aufgaben haben und auch hier immer mehr Raum in der Einsatzplanung und Durchführung einnehmen.



Denis Klippel, Kfz-Sachverständiger aus Trier, KHK'in Daniela Linne (K17 Trier) und Ralf Schneider (K16 Trier)

Dies gibt es aber nicht umsonst. Der Einsatz der ULS erfordert sehr gut ausgebildete engagierte Kollegen/-innen, welche verantwortungsbewusst mit den ULS umgehen. Schließlich nehmen wir mit unseren Fluggeräten am Luftverkehr teil.

DP: Könntest du etwas genauer auf die digitale Asservatenerfassung eingehen?

Michels: Mit unserem GPS-Vermessungssystem wird die räumliche Lage von Asservaten/Spuren an Außentatorten bis auf einen Zentimeter exakt vermessen. Mithilfe eines dazugehörigen Tablet-PCs wird das Asservat vor Ort bei der Messung digital in einer POLADIS-Maske erfasst. Zudem können bis zu drei Lichtbilder des Asservates/Spur hinterlegt werden. Die Lage des Asservates oder der Spur kann anschließend in dem mittels ULS generierten Luftbild exakt dargestellt und vermessen werden. Für den Fall eines gerichtlich anberaumten Ortstermins könnte z. B. die Tatwaffe exakt an die Auffindestelle des Sicherstellungsortes gelegt werden. Dies kann dann mit allen sichergestellten Asservaten erfolgen. Ein weiterer Vorteil der mittels Tablet-PC di-

gital erfassten Asservate ist, dass diese bei Rückkehr auf der Dienststelle sofort in POLADIS importiert werden können. Eine händische Eingabe im Büro entfällt hiermit.

DP: Was würdest du dir für das Projekt bzw. den Drohneneinsatz allgemein bei der Polizei RLP wünschen?

Michels: Das Projekt zeigt die neuen digitalen Möglichkeiten der Aufnahme von Tat- und Unfallorten auf. Damit ist die Polizei RLP in der Lage, auch größte Ereignisorte sehr schnell und vor allem forensisch aufzunehmen.

Die Pilotprojekte laufen bis Ende 2021. Nach Abschluss der laufenden Pilotprojekte sollten die Einsatzfelder analysiert und strukturiert werden. Eine organisatorische Anbindung, die eine ständige Einsatzbereitschaft gewährleistet, wäre mein Favorit.

DP: Vielen Dank für die ausführlichen Informationen, man merkt, wie sehr du für das Projekt der digitalen Tatortdokumentation mittels ULS und GPS-Positionierung lebst! ■

NEUER FUNKSTREIFENWAGEN

Technik aus dem Ralleysport in den Streifenwagen



Zusätzliche Beklebung mit gelber retroreflektierender Folie wie beim A 4

Die ersten FustW Audi A 6 sind da, wie üblich wurden sie durch den Innenminister bei einem Pressetermin vorgestellt. Die Fahrzeuge können sich sehen lassen, geballte 170 kW unter der Haube, Antrieb auf allen vier Rädern, wie von der GdP seit mehreren Jahren gefordert. Die Quattro-technik stammt bei Audi aus dem Ralleysport und sorgte dort für einen Quantensprung in der Fahrsicherheit. Diese Vorteile werden jetzt bei der Polizei auf der Straße im Alltagsbetrieb genutzt werden können.

Weitere Sicherheitsfeatures sind die Fußgängererkennung, Bremsassistent



Fotos (Z): Ingo Schürte

In der Mittelkonsole sind zwei große Bildschirme verbaut, beide mit Touch Display. Hier können die fahrzeugseitigen Angebote abgerufen werden wie Karte, Radio, Medien und das Telefon, das zweite Display dient der Eingabe für die Navigation.



und die Kollisionswarnung usw. Mit dem Sprung in die nächste Klasse, der gehobenen Mittelklasse, ist das Fahrzeug in der Länge auf knapp an fünf Meter angewachsen. Dafür ist das Platzangebot hinter der Rücksitzbank gestiegen. Im Kofferraum ist wieder ein Beladesystem von Sortimo

zu finden, das oberste Element ist nicht mehr vorgesehen, sodass eine freie Sicht nach hinten per Rückspiegel gewährleistet ist.

Funk wird wieder über das Handfunkgerät bedient, zusätzlich gibt es die „push to talk“-Taste, so war es auch in den VW Passat.

Über ein separates Bedienteil wird die Sondersignalanlage genutzt, so wie auch bei den Q 5 und bei den neuen Bussen, eine Wiedererkennung ist somit gewährleistet. Eine kleine Neuerung ist ein zusätzlicher Strahler für die Seite zur Einsatzortausleuchtung, für die nächtliche Fahndung von Vorteil. ■

SITZUNG FACHAUSSCHUSS K MIT SCHWERPUNKTTHEMA

Schutz der Kleinsten und Schwächsten vor sexuellem Missbrauch

Die Sitzung des „Fachausschusses K“ im September hat sich mit dem Schwerpunktthema Bekämpfung „Sexueller Missbrauch von Kindern – Verbreitung von Kinderpornografie“ befasst.

Internationales Phänomen

Bundesweit ist ein drastischer Anstieg der Fallzahlen im Bereich Kinderpornografie zu verzeichnen. In Rheinland-Pfalz hat sich die Verbreitung von kinder- und jugendpornografischen Schriften sowie deren Besitz laut PKS um ca. 70 Prozent (Vergleich 2018 und 2019) gesteigert. Hauptgrund sind die durch das National Centre for Missing and Exploited Children (NCMEC) in den USA übermittelten IP-Daten, wenn ein deutscher Nutzer kinderpornografische Schriften zu US-Internetdiensten hochlädt. Dabei stellt die PKS die Fallzahlenentwicklung sehr zeitverzögert dar. Die aktuellen Entwicklungen lassen dramatische Ausmaße erwarten. Veröffentlichungen der EU-Kommission weisen einen Anstieg der NCMEC-Verdachtsfälle von April 2019 bis April 2020 von 400 Prozent aus. Die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hat eine europäische Strategie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern angekündigt. In ihrer Pressemitteilung von Anfang Juni erklärte sie: „Wir müssen unsere Gesetze durchsetzen, wenn sie gebrochen werden, und unsere Werte sowohl online als auch offline hochhalten. Ich

habe wirklich großen Respekt vor den Polizisten, die diese schwierige Arbeit leisten.“

Umgang mit den Belastungen

Die zunehmende Belastung der K2-Ermittler ist längst greifbar. Es kommt zu Umschichtungen von Vorgängen in andere Organisationseinheiten, Bilden von Arbeitsgruppen und vereinzelt auch zu Überlastungsanzeigen. Über allem steht: so schnell als möglich reagieren zu können, um einen möglicherweise noch andauernden Missbrauch zu verhindern und weitere potenzielle Opfer zu schützen.

Maßnahmen in Rheinland-Pfalz

Die Polizei Rheinland-Pfalz hat sich bislang für den Kauf von Lizenzen einer Auswertesoftware und der Ausstattung mit leistungsfähigeren Rechnern für die Datenaufbereitung entschieden. Allein diese Maßnahme führt bereits zu einer Zeitersparnis von mehreren Stunden je Verfahren bei den Pilotdienststellen und einer deutlichen psy-

chischen Entlastung der Sachbearbeitung, bzw. Auswertung. Eine auf künstlicher Intelligenz gestützte Software der Polizei Niedersachsen wird im PP Rheinpfalz getestet. Mit dem Ziel eines landeseinheitlichen Prozesses hat der Expertenkreis Digitale Forensik außerdem einen Workflow erarbeitet und dabei alle Kommissariate 2 und 16 berücksichtigt. Eine Herausforderung hierbei: Nach entsprechender Bewertung von Bildern sollen diese in eine landesweite HASH-Datenbank gelangen und für andere Ermittler greifbar sein. Eine landesweite Arbeitsgruppe soll sich mit den derzeit geltenden präventiven und repressiven Strategien und Konzepten auseinandersetzen und hierbei organisatorische, technische und personelle Aspekte betrachten.

Frank Wimmel, Vorsitzender des Fachausschusses K, fasst folgende Forderung zusammen: „Hinter jedem Video und jedem Bild steckt ein tragischer Fall des sexuellen Missbrauchs. Ziel muss es sein, stets schnellstmöglich reagieren zu können! Dazu brauchen wir entsprechendes Personal und Technik. Bei dem Blick auf Sache ist auch die psychische Belastung der Kollegen/-innen ein wichtiges Thema.“ ■



AUS DEM HAUPTPERSONALRAT (HPRP)

Verbesserung des Mitarbeiterdatenschutzes bei Bodycams

Folgende Themen wurden im Umlaufverfahren in der Septembersitzung des Hauptpersonalrates behandelt:

Berichte

Mit Datum vom 6. August erreichte den Hauptpersonalrat ein Rundschreiben Coronavirus – dienst- und arbeitsrechtliche Regelungen und Hinweise – Neuauflage. Diesem Rundschreiben sind der Umgang mit erkrankten Mitarbeitenden, den Verdachtsfällen und der Prävention, der Einreise aus Risikogebieten, Quarantäne im In- und Ausland, berufliches Tätigkeitsverbot und zuletzt die Telearbeit, Heimarbeit und mobiles Arbeiten auf insgesamt elf Seiten geregelt. Ferner regelt ein Schreiben vom 13. August den Umgang mit Reiserückkehrenden in der Polizei Rheinland-Pfalz durch eine genaue Auflistung von erforderlichen Maßnahmen wie eine Pflichttestung, die Verständigung des SPoC etc. mit dem Hinweis, dass davon ausgegangen wird, dass derzeit ohne triftigen Grund keine privaten Reisen in ausgewiesene Risikogebiete oder Länder, für die eine COVID-19-Reisewarnung durch das Auswärtige Amt ausgesprochen wurde, unternommen werden.

Anpassung Verfahrensregelung Bodycam

Bevor eine Übermittlung einer Kopie der Aufzeichnung nach § 27 a Abs. 4 Ziff. 3 POG der Bodycam verlangt wird, sind die personenbezogenen Daten, die zur Herstellung eines Personenbezugs (insbesondere Ge-

sichter oder Namensschilder) zu unbeteiligten Dritten oder Polizeibeamtinnen/Polizeibeamten geeignet sind, durch technische Verfahren (z. B. Verpixelung) von Bildaufnahmen unkenntlich zu machen (Anonymisierung).

Mentoring-Programm 3. EA

In der bevorstehenden vierten Programmrunde für das 3. Einstiegsamt von November 2020 bis Oktober 2021 stehen insgesamt 30 Tandemplätze zur Verfügung. An der Gesamtzahl hat sich im Vergleich zu den Vorjahren nichts verändert. Beworben haben sich 80 Kolleginnen. Wichtig war hier die Priorisierung insbesondere derjenigen Mentees, die aus Sicht der jeweiligen Polizeibehörde auf dem Weg in ein erstes Führungsamts in besonderer Weise gefördert werden sollen.

Einrichtung einer landesweiten AG zu den Handlungsfeldern „Sexueller Missbrauch von Kindern sowie Kinderpornografie“

Der Einrichtung der Arbeitsgruppe wurde zugestimmt, eine Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen für diese Sachbearbeiter/-innen als sinnvoll erachtet.

Rahmeninklusionsvereinbarung (RInkIV)

Der HPR hat der RInkIV zugestimmt, die unter Beteiligung aller Schwerbehindertenvertretungen zustande gekommen ist und für alle Polizeibehörden gilt. In dieser Vereinbarung sind die wesentlichen Inhalte des SGB VIX und anderer einschlägiger Vorschriften zusammengestellt.

Personalmaßnahmen

Es wurde mehreren Personalmaßnahmen im höheren Dienst zugestimmt.

Nachwahl im Vorstand

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, wurden zwei Ämter im Vorstand nachgewählt. Hier wurde der Kollege Ingo Schütte in den Vorstand des HPR gewählt und die Kollegin Stefanie Loth zur stellvertretenden Vorsitzenden des HPR. Somit ist der Vorstand des HPR wieder komplett.
Sabrina Kunz 06131/16-3365
René Klemmer 06131/16-3378
Steffi Loth 06131/16-3379 o. /65-3040
Sven Hummel 06131/16-3380
Ingo Schütte 06131/16-3233 o. /65-3030
Gabriele Schramm 06131/16-3381

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de

Herbstangebote:

Kunden-Liebliche, jetzt zu TOP PREISEN

Preissturz bei Robinson Club IERAPETRA, KRETA, GRIECHENLAND

Zum Beispiel.: 7 Nächte, DZ, VP inkl. Flug statt **1.626 Euro**
ab 869,-- Euro bei Buchung bis zum 05.11.2020

Hotelkonzept-Kriterien

- Premium Cluburlaub
- vielfältiges Sport- und WellFit-Angebot
- hochwertige, inspirierende Kulinarik
- qualifizierte Betreuung für Kinder und Jugendliche
- hochklassiges, modernes Entertainment mit Shows, Partys, Livemusik und Events

Ort:

Ierapetra

erste Strandlage, an der Steilküste

im Südosten der griechischen Mittelmeerinsel Kreta

Strand:

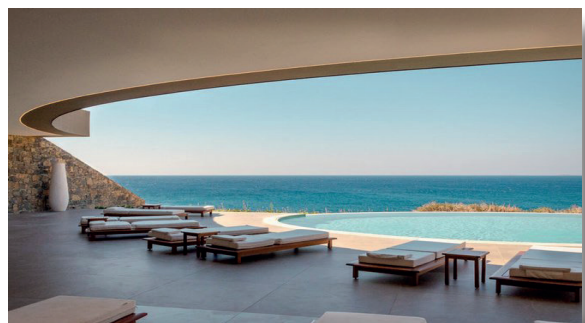
direkte Lage am 2 km langen feinen Kiesstrand (dunkler Strand)

Liegen und Sonnenschirme ohne Gebühr

Shuttle je nach Auslastung und nach Verfügbarkeit
(Mitnahme von Kinderwagen möglich)

Strand ist in 3 Abschnitte geteilt:

1. „Hauptstrand“: mit Liegen, Sonnenschirmen, Dusche und Umkleidekabine. Dieser ist bergab über aneinanderhängende Holzmatte zu erreichen und für Kinderwagen geeignet.
2. Strand: kleine Bucht mit Liegen, Sonnenschirmen sowie Dusche und über Treppen zu erreichen
3. Strand: wunderschön naturbelassen mit tollen Felsen, wo man auch super ins Wasser gehen kann. Dieser ist jedoch eher weniger für Familien geeignet, da es hier keine Liegen und Sonnenschirme gibt und der Weg nicht für Kinderwagen geeignet ist.



Weitere verbilligte Herbstangebote:

PRAIA DA FALESIA, ALGARVE, PORTUGAL, TUI BLUE FALESIA

7 Nächte DZ, inkl. Flug ab **567,-- Euro p.P.**

AMOUDARA, KRETA, GRIECHENLAND, TUI MAGIC LIFE
CANDIA MARIS

7 Nächte DZ, AI, inkl. Flug ab **878,-- Euro p.P.**



Stuttgart-Fellbach
Eberhardstr. 30
70736 Fellbach
Tel.: 0711 / 57 88 186
Fax: 0711 / 57 99 12
info@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Eberdingen-Hochdorf
Frau Burger
Tel.: 07042 / 872 83 12
Fax: 07042 / 872 83 13
karinburger@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Saarbrücken
Frau Weaver
Tel.: 0681 / 933 120 57
Fax: 0681 / 933 120 59
sweaver@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Mainz
Frau Grün
Tel.: 06703 / 305 502
Fax: 0711 / 57 99 12
agruen@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Zentrale
Terminal 3, Reisemarkt
70629 Stuttgart Flughafen
Tel.: 0711 / 948 48 48
Fax: 0711 / 997 67 62
info@schwabenlandreisen.de
www.schwabenlandreisen.de



Geburtstage

70 Jahre

Walter Schneider,
KG PP ELT Enkenbach-Alsenborn
Eugen Wünschel, KG Südpfalz
Bernd Bänder, KG Rhein-Nahe

75 Jahre

Klaus-Jürgen Apsel, KG PP/PD Koblenz
Udo Leimig, KG Rhein-Nahe

80 Jahre

Herbert Köbel, KG Vorderpfalz
Georg Kern, KG PP/PD Koblenz

85 Jahre

Egon Lichtmeß, KG PD Trier

95 Jahre

Rudolf Steiner, KG Südpfalz

Ruheständler

Gerd Egeri, KG PP/PD Koblenz
Fritz Schramm, KG PP/PD Mainz

Koblenz: Einladungen zu Mitglieder- versammlungen

Die Kreisgruppen aus dem Polizeipräsidium Koblenz laden herzlich zu den anstehenden Mitgliederversammlungen ein:

- KG Neuwied/Altenkirchen
14.10.2020 ab 16 Uhr Bürgerhaus in Berod (Yannick Seibert, 02631-878332)
- KG Mayen
28.10.2020 ab 16 Uhr
Vulkanbrauerei in Mendig (Pascal Rowald, 0151-23049190)
- KG PD/PP Koblenz
29.10.2020 ab 15 Uhr
Falckensteinkaserne in Koblenz (Sascha Büch, 0261-1032037)
- KG Westerwald/Rhein-Lahn
24.11.2020 ab 15 Uhr
Hammelberghalle in Quirnbach (Ralf Pörtner, – 0261-1032036)

Aufgrund der bestehenden Hygienemaßnahmen ist eine Voranmeldung zu den Mitgliederversammlungen bei den jeweiligen Kreisgruppenvorsitzenden zwingend erforderlich. Auf die zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlungen gültigen Hygienevorschriften weisen wir hin.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.

KURZ & KNACKIG

VBL – Entlastung bei Krankenkassenbeiträgen

Für Rentnerinnen und Rentner, die gesetzlich versichert sind, wurde ab 1. Januar 2020 ein neuer Freibetrag bei der Berechnung des Krankenkassenbeitrages auf die Betriebsrente eingeführt (wir berichteten in der DP 03/2020). Die VBL hat zwischenzeitlich mit der Neuberechnung und der Rückerstattung zu viel gezahlter Beiträge begonnen. Dabei sind zwei Konstellationen zu unterscheiden. Die Personengruppe, die nur eine Betriebsrente (VBL) bezieht, wird ab sofort Informationen zu den künftig zu zahlenden Beiträgen erhalten. Die Personengruppe, die eine weitere Betriebsrente bezieht, muss sich noch gedulden. Der Freibetrag wird nur einmal von der Summe der monatlichen Einnahmen aus den Betriebsrenten abgezogen. Die VBL ist in diesen Fällen auf die individuellen Meldungen der Krankenkassen angewiesen. Es ist damit zu rechnen, dass ab Oktober auch diese Personengruppe ihre neuen Beitragsmitteilungen erhält.

Wir empfehlen dringend, die Neuberechnung und die Höhe der Rückerstattung zu prüfen und sich bei fehlerhaften Meldungen schriftlich an die VBL zu wenden. ■

WSP: Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Vorstand der Kreisgruppe PP ELT
Wasserschutzpolizei lädt für

Dienstag, 20. Oktober 2020, 11 Uhr herzlich zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Wir treffen uns im Konferenzraum 1 (Aula) des PP ELT
Dekan-Laist-Straße 7
55129 Mainz.

Aufgrund von COVID-19 kann es zu Änderungen oder einer gänzlichen Absage kommen. Aus diesem Grund wird um persönliche Anmeldung per Mail an PPELT.GdP.WSP@polizei.rlp.de gebeten. Die Tagesordnung wird zugesandt.

Wir trauern um unsere Mitglieder:

Wolfgang Ballweg, 71 Jahre
KG PP/PD Koblenz

Max Raabe, 69 Jahre
KG PP/PD Koblenz

Achim Hannes, 65 Jahre
KG Rhein-Nahe